

Marktversagen: Ökonomie muss Care-Arbeit ins Zentrum rücken

Umdenken Wenn Kanzlerkandidat Martin Schulz in Deutschland die Pflege ins Zentrum der Politik rücken will, liegt das auch am Wahlkampf. Laut Ökonomin Barbara Fuchs wäre es jedoch unbedingt nötig: Sie fordert ein neues Wirtschaftsmodell.

VON DAVID SELE

Der Ur-Ökonom Adam Smith lebte Zeit seines Lebens bei seiner Mutter. Ohne ihre Fürsorge, so wird er zitiert, hätte er seine noch heute gelehrtete Markttheorie niemals aufstellen können. Dennoch fand die Mutter darin keinen Platz. Stattdessen wird der Haushalt in der Wirtschaft so definiert: Einerseits «liefert» er Arbeitskräfte für Unternehmen, andererseits konsumiert er die Produkte der Unternehmen. Dabei werde verkannt, dass auch der Haushalt ein Unternehmen ist, sagte die Wirtschaftswissenschaftlerin Barbara Fuchs in ihrem Referat am Liechtenstein Institut: «Produziert werden dort persönliche Dienstleistungen, die beispielsweise dazu führen, dass wir sprechen lernen oder Rücksicht nehmen können.» Sozialkompetenzen also, die für einen funktionierenden Arbeitsmarkt benötigt werden.

Care-Arbeit kostet plötzlich

Aber auch die Pflege der Alten und Kranken findet zu einem grossen Teil im Haushalt statt. Aufgaben, die lange Zeit - selbstverständlich und vor allem unbezahlt - Frauen auf sich nahmen. Doch ob es gefällt oder nicht: Diese Zeit ist vorbei. «Gleichzeitig erkennen wir immer mehr,



Barbara Fuchs (links), Abteilungsleiterin/Expertin für Business Model Innovation bei Ivoclar Vivadent AG und Barbara Frommelt, Geschäftsführerin der Familienhilfe Liechtenstein e.V. referierten am Liechtenstein Institut. (Foto: Paul Trummer)

dass wir diese Arbeit brauchen. Denn wenn sie niemand mehr verrichtet, werden wir als Gesellschaft verrohen», mahnt Barbara Fuchs. Es sei nun an der Wissenschaft, eine neue Wirtschaftstheorie zu entwickeln, die der «Dienstleistungsgesellschaft», in der wir heute leben, gerecht wird. Pflege und Betreuung - die sogenannte Care-Arbeit - müs-

se in den Mittelpunkt gerückt werden.

«Care-Rationalität»

Das Schlagwort dabei sei Rationalität. «Dem Homo oeconomicus - der übrigens nie schwanger werden würde - wird eine Gewinnmaximierungs-rationalität unterstellt. Das heisst, er handelt immer so, dass er mit geringstmöglichem Aufwand den grösstmöglichen Gewinn erzielt», erklärt Fuchs. Im Naturell eines geistig gesunden Menschen gebe es aber eben auch eine «Care-Rationalität». «Jeder Mensch hat das Interesse, seine Kinder nicht verhungern zu lassen, genauso wie wir unsere Eltern nicht einfach unversorgt liegen lassen», so die Wirtschaftswissenschaftlerin. Care-Rationalität beruhe auf der Annahme, dass wir rational handelnde Menschen sind - was «rational» bedeutet, sei jedoch abhängig von unserem Ziel. Und im Haushalt sei dieses, dass es den Angehörigen gut geht. Das betrifft nicht nur Kinder und Senioren: «Wir alle werden einmal krank und sind dann auch abhängig. Doch selbst wenn wir erwachsen und gesund sind, brauchen wir jemanden, der sich um uns kümmert. Daran hängt auch ein Menschenbild, das wir in der Ökonomie begreifen sollten», plädiert Fuchs.

Was der Gesellschaft ansonsten blüht, sehe man bereits heute in Form von zunehmenden Stresskrankheiten.

Markt führt zu Ineffizienz

Es sei daher an der Zeit, nicht mehr von «Marktwirtschaft», sondern von einer «Gesamtwirtschaft» zu sprechen. In Sachen Pflege versagt nämlich der Markt: «Es ist ineffizient, Handel mit Care-Arbeit zu betreiben, weil die Transaktionskosten zu hoch sind», konstatierte die Ökonomin. Dies würden empirische Erfahrungen aus der Privatisierung und Liberalisierung in Österreich belegen: «Das brachte enormen Mehraufwand für alle Beteiligten.»

Und so kommt Fuchs zum Schluss, dass Care-Arbeit die Eigenschaften eines öffentlichen Gutes aufweisen: «Dies auch, weil Betreuung einen Zustand schafft, den wir als moralisch erstrebenswert halten: sozialer Frieden - Lebensqualität.» Nicht nur die Ökonomie, sondern auch der Staat sei gefordert, dies zu begreifen. Damit einher gehe das Versprechen, Care-Arbeit nicht mehr an ein spezifisches Geschlecht zu knüpfen. Es böte sich die Chance, öffentliche Arbeitsplätze zu schaffen. Zudem müsse, wer seine Angehörigen - ob Jung oder Alt - betreut, dafür entlohnt werden. Die Frage der Finanzierbarkeit stelle sich nicht, wenn die richtigen Prioritäten gesetzt würden. «Die grösste Einnahmequelle Liechtensteins sind übrigens die Lohnsteuer und die Mehrwertsteuer. Diese Einnahmen erhöhen sich, wenn es mehr Löhne gibt und diese hier ausgegeben werden», weiss die Ökonomin.

Care-Migration schadet

Billig-Pflegekräfte aus Osteuropa, die das Geld ins Ausland tragen, zu halblegalen und moralisch nicht vertretbaren Bedingungen anzuheuern, bringt diesen Effekt hingegen nicht. Die Care-Migration sieht Fuchs aber aus einem ganz anderen Grund als höchst kritisch an: «Schauen Sie sich an, was dies etwa in Moldawien anrichtet: Dort wachsen Generationen ohne Eltern auf. Da brauchen wir uns dann nicht wundern, wenn die irgendwann radikalisiert werden und bei uns die Bomben legen.»

25 Jahre Gleichberechtigung von Mann und Frau

Vereinbarkeit Familie-Beruf

BENDERN Am kommenden Dienstag, den 19. September, von 18 bis 19.30 Uhr findet am Liechtenstein-Institut der letzte Vortragsabend der Reihe «25 Jahre Gleichberechtigung von Mann und Frau» statt. Die Referentinnen Claudia Indermaur, Geschäftsführerin der Familienplattform Ostschweiz, und Linda Märk-Rohrer, Forschungsbeauftragte Politikwissenschaft am Liechtenstein-Institut, rücken das Thema Arbeit und Familie und deren Vereinbarkeit in den Vordergrund. Wie wird die Vereinbarkeit von Familie und Beruf heute gelöst und welcher Zusammenhang ergibt sich damit für die Gleichberechtigung zwischen Mann und

Frau? Vereinbarkeitsfragen stellen sich auch heute noch vorwiegend für Frauen, Männer sind davon nur am Rande betroffen. Der Abend wird Chancen, aber auch Gefahren und Herausforderungen aufzeigen, die mit der Vereinbarkeit dieser beiden Bereiche zusammenhängen. Ein Blick in die Zukunft soll zeigen, wie Vereinbarkeit von Familie und Beruf heute auch gedacht werden kann und wo sich für die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau diesbezüglich neue Fenster öffnen lassen beziehungsweise wo weitere Stolpersteine lauern. (pd)

Eintritt frei. Weitere Informationen unter www.liechtenstein-institut.li.